

Dr. Freiherr v. Siegler

München 22, den 17. Juli 1952

Niederschrift der Unterredung des Herrn Rechtsanwalt Hansjochen K u b i t z, geb. 6.9.1910, wohnhaft Berchtesgaden, Königseerstr. 48, Tel.2597, durchgeführt in Berchtesgaden am 23.5.1952 mit Dr. Freiherr von Siegler im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München.

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
739/52

Ich verweise auf meine Zeugenaussage in Nürnberg zu dem Komplex "Volksdeutsche Mittelstelle", im nachfolgenden "VoMi" genannt. In der zweiten Hälfte von 1936 konkretisierte sich bei Hess der schon lang in ihm schlummernde Gedanke, für das Deutschtum im Ausland parteimässig und staatlich einen einheitlichen Rahmen zu schaffen. Hess schwebte zunächst der Gedanke vor, im Auswärtigen Amt zwei Staatssekretariate zu schaffen, eines für die Auslandsdeutschen (Reichsdeutsche im Ausland) und eines für die Volksdeutschen (fremde Staatsangehörige). Hiervon wurde nur das Staatssekretariat für Bohle verwirklicht. Das zweite scheiterte daran, daß im Auswärtigen Amt kein Staatssekretariat für ~~die~~ ^{fremde} ~~deutschen~~ Staatsangehörigen geschaffen werden konnte.

v. Kursell

Als Ersatz wurde Ende 1936, zunächst im Gebäude des Kultusministeriums Unter den Linden, die Dienststelle ^{Kursell} Coursell geschaffen. Otto von ^{Kursell} Coursell war Baltendeutscher und Ministerialdirektor im Ministerium Rust. Schon im Februar 1937 wurde Herr von ^{Kursell} Coursell abgelöst, da er lt. Mitteilung des SD der "Baltischen Bruderschaft", einer logenähnlichen Vereinigung angehört hatte. Anstelle von ^{Kursell} Coursell kam ^{Kursell} Obergruppenführer Lorenz (z.Zt. in Haft in Landsberg) und als Stellvertreter der Leiter der Volkstumsabteilung des SD, ^{Dr.} Herr ^{dr} Behrens. Inzwischen war Ende 1936 die Dienststelle ^{Kursell} Coursell in die Tiergartenstr.11 in eigene Räume umgesiedelt und kurz vor dem Abgang von ^{Kursell} Coursell als "Volksdeutsche Mittelstelle" umbenannt worden. Massgeblicher Leiter dieser Dienststelle war nicht so sehr Lorenz, der von der Sache wenig verstand, als ^{Kursell} Behrens. Gleichzeitig mit der Gründung der VoMi erteilte Hitler eine Vollmacht für Hess, wonach Hess zusammen mit Obergruppenführer Lorenz

zur allein zuständigen Stelle für die Verteilung der Gelder für die volksdeutschen Gruppen erklärt wurde.

Diese Vollmacht hatte folgende Bewandtnis:

Die Gelder für die Volksdeutschen waren bisher durch die einzelnen Gruppen selbst völlig unregelt und willkürlich bei den verschiedensten Ministerien, Dienststellen, Privatvereinigungen usw. angefordert und auch zugeteilt worden. Solche Hauptgeldgeber waren:

- a) Die Ministerien: Propaganda-, Aussen-, Innen-, Kultusministerium etc.
- b) Der "Volksbund für das Deutschtum im Ausland" (VDA) und "Bund Deutscher Osten" (BDO)
- c) Das "Kirchliche Aussenamt der Evangelischen Kirche" und der "Gustav-Adolf-Verein" (Herr Hecke) *Binlof Dr. Hecke*
- d) Der "Reichsbund für das katholische Deutschtum im Ausland" unter Prälat Büttner (jetzt Frankfurt/Main)

e) für "deutsche Pflichten" (Christenheit, a. v. Müller)
 Abgesehen davon, daß durch diese unregelmäßigen Geldzuteilungen jede Übersicht und letzten Endes jede Gerechtigkeit in der Verteilung der Summen fehlte, hatten sich auch zunehmend Devisenschwierigkeiten bemerkbar gemacht. Durch die neue Regelung wurden nun alle Geldspenden zusammengefasst und unter Beteiligung aller Interessenten verteilt. Es galt z.B. die Frage zu entscheiden, ob ein neues Theater, eine Zeitung, eine Kirche, eine Bibliothek wichtiger sei usw. Bei diesen Beratungen herrschte bestes Einvernehmen und zwar auch mit den Kirchen, wie ich z.B. bei einer Aussprache mit Prälat Büttner nach dem Krieg bestätigt erhielt. Es wurde zur Regel, daß die Reichsbank grundsätzlich alle Devisenanforderungen für die Volksgruppen an die VoMi zur Begutachtung und fachlichen letzten Entscheidung übersandte. In verhältnismässig kurzer Zeit konnte auch der Reiseverkehr eingeschaltet werden, sodaß z.B. Deviseneingänge aus Besuchen deutscher Hochschulen etc. zur Stärkung der Mittel herangezogen werden konnten. Begreiflicherweise waren die Volksgruppen zunächst in mancher Hinsicht weniger einverstanden, daß sie nunmehr das Wettrennen bei verschiedenen Dienststellen, Vereinen etc. nicht mehr durchführen konnten und unter Kontrolle standen. Finanziell war das Ergebnis für sie jedoch eher besser.

Um die Jahreswende 1937/38 wurde die an Hess erteilte Vollmacht durch Hitler durch eine andere ersetzt, die unmittelbar auf Lorenz lautete. Diese Verfügung, an deren ständige Aufbewahrung im Panzer-

schrank ich mich noch gut erinnere, lautete ungefähr wie folgt: "Ich ermächtige den Obergruppenführer Lorenz die Regelung der Verteilung aller für die Deutschen Volksgruppen im Ausland zur Verfügung stehenden Geldmittel vorzunehmen". Die Frage, ob die VoMi eine Staats- oder Parteistelle war, ist weder praktisch noch rechtlich eindeutig zu beantworten. Sowohl nach ihrer personellen Zusammensetzung wie nach ihrer Finanzierung und endlich nach ihrer Aufgabe war sie eine Mischung beider. Die Frage konnte schon seinerzeit nicht massgeblich geklärt werden.

Eine weitere Aufgabe stellte sich für die VoMi durch die zunehmend wichtiger werdende Frage der volksdeutschen Arbeitskräfte in Deutschland. Da die Volksdeutschen nicht Reichsdeutsche Staatsangehörige waren, fielen sie in die Zuständigkeit der Fremdenpolizei. Dieser rechtliche Status als Ausländer hatte für die Volksdeutschen erhebliche Nachteile. Die Arbeitsbedingungen waren schlechter, die Sozialversicherung für sie nicht zuständig, es ergaben sich Schwierigkeiten mit den Lebensmittelkarten, jeder Stellungs-, Wohnungs-, oder gar Ortswechsel wurde zum Problem. Es gelang der VoMi, in Zusammenarbeit mit ^{dem RMd, die} ~~der~~ Beratungsstelle für ^{zu schaffen und die Form auszuüben und darüber} das Einwandererwesen und der Polizei für diese Volksdeutschen einen neuen faktischen rechtlichen Status zu erreichen. Sie wurden, ähnlich wie heute die Vertriebenen, "deutschen Staatsangehörigen gleich geachtet", kamen aus der Fremdenpolizeikartei heraus und in eine eigene Kartei etc.

In einem Abkommen mit ^{dem RMd} ~~der Beratungsstelle für das Einwandererwesen~~ wurde zunächst de facto, später vertraglich, vereinbart, dass alle Volksdeutschen Einwanderer zunächst zur VoMi zur Überprüfung, Beratung etc. geschickt wurden, ehe sie polizeilich, arbeitsrechtlich usw. erfasst wurden.

Die VoMi fasste schliesslich die zahlreichen privaten Verbände, Vereine usw., die sich mit Volkstumsfragen befassten, organisatorisch in zwei grosse Gruppen zusammen:

1. "Volksbund für das Deutschtum im Ausland"

^{um das Jahr 1900}
Der VDA war von ~~Oberländer~~, dem heutigen Staatssekretär in Bayern, gegründet worden. Sein Nachfolger war Steiner bis kurz nach dem Anschluss Österreichs, Geschäftsführer war der ~~Kantler Freikorpsführer~~ ^{Dr. Steiner des Le. Kor.}

Prof. Haushofer

Herr Hoffmeyer. Es folgte dann ein kurzes kommissarisches Zwischenspiel unter Dr. Luig, sodann wurde Herr Behrens Vorsitzender, Hoffmeyer blieb Geschäftsführer.

2. "Bund Deutscher Osten"

Dieser war von Dr. Lüdke gegründet worden, den Vorsitz übernahm später Oberländer bis zu seinem Krach mit Gauleiter Koch. Er wurde abgelöst durch Haushofer als Vorsitzenden und Mücke von der VoMi als Geschäftsführer. Es erging die Anweisung, daß sich alle sonstigen heimat-treuen Verbände wie Schlesier, Posener etc. dem BDO ein-zugliedern haben.

Als 3. Abteilung der VoMi fungierte die Beratungsstelle für Ein-wandererwesen, die Ende 1938 unter Dr. Luig gegründet wurde.

Eine eigene Abteilung der VoMi wurde endlich für den Reiseverkehr gegründet, die insbesondere mit der Slowakei sehr gute Erfolge noch vor Kriegsbeginn erzielen und neue Devisenquellen erschlies-sen konnte.

Am 7. 10. 1939 wurde im Rahmen des Reichskommunikationsrats für die Festigung des deutschen Volkstums (R.Komm. Himmels) das Hauptamt "Volksd. Mittelstelle" geschaffen. Dieses hatte mit der ursprünglichen VoMi unter dem bischöflichen Leiter (Lorenz) gemein-sam. Aufgabengebiet dieser staatl. Stelle war die Ausrichtung Volksdenkmäler an An das Rahmen der Kunstsammlungsaktivitäten und deren Beherrschung Institut für Zeitgeschichte in Leipzig.

M ü n c h e n - 22

Reitmorstr.29

Hiermit anerkenne ich die Richtigkeit obiger Niederschrift meiner Unterredung mit Dr. Freiherr von Sieglar und erteile mein Einver-ständnis, daß das Institut im Rahmen seiner wissenschaftlichen Publikationen von meinen Äußerungen ggf. unter Namensnennung Ge-brauch macht bzw. sie veröffentlicht. Ich stelle hierfür keine finanziellen Ansprüche.

4. Dez 1957

Auter

Berchtesgaden, den

PS. Prälat Büttner wohnt in Frankfurt/Main am Südufer des Mains. Wenn man über die Niederad-Brücke der Strassenbahn nach Süden nachgeht, macht diese später eine scharfe Kurve nach rechts. Man geht statt dessen geradeaus und findet am nächsten Eck-haus ein grosses Schild der Dienststelle von Prälat Büttner.

Dr. Freiherr v. Siegler

ZS-90-5
München 22, den 17. Juli 1952
Reitmorstr.29
v.S./Sch./1

Herrn Rechtsanwalt
Dr. Hansjochen K u b i t z

Berchtesgaden/Obb.
Königsseerstr.48

Sehr geehrter Herr Doktor!

Anliegend erhalten Sie endlich die Niederschrift unserer Unterhaltung. Ich hoffe, daß ich die Personalverschiebungen halbwegs getroffen habe, bin mir aber bei Herrn Mücke nicht ganz sicher. Bitte korrigieren Sie ruhig, Hauptsache, die Sache ist richtig.

Verbindliche Grüße

Ihr ergebener



(v.Siegler)

Anlage:

- 1 Original zurückerbeten
- 1 Kopie der Niederschrift

Dr.Frhr.v.Siegler im
INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE
MÜNCHEN

ZS-90-6

Herrn Rechtsanwalt
Hansjochen Kubitz

()
Berchtesgaden/Obb.
Königseestr.48

München, den 4.11.52
v.S./Sch

Sehr geehrter Herr Kubitz!

Darf ich Sie bitten, die Niederschrift unserer
Unterragung möglichst umgehend zurückzuschicken;
Sie haben vielleicht von Dr.Martin gehört, dass
mir darum besonders zu tun ist. Ich danke im
voraus für Ihre Liebenswürdigkeit und zeichne
mit freundlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

(v.Siegler)

00006

ES-40-7

Interview v. 7.10.46

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

RESTRICTED

ZS-90-8

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
1948/56

Interrogation #

Vernahmeung des Hans-Joachim KUBITZ
am 7. Oktober 1947 von 14.00 - 15.30 Uhr
durch Hr. LARRY K. WOLFF
Stenographin : H. LANG.

1. Fr. Geben Sie mir bitte Ihren vollen Vor- und Zunamen an ?
A. Hans- Joachim KUBITZ
2. Fr. Wissen Sie, dass Sie noch unter Eid stehen ?
A. Ja.
3. Fr. Sie haben sich im Jahre 1940 mit der Umsiedlung in Ostland befasst ?
A. Ja. Im Jahre 1939 und 1940 war der Schluss.
4. Fr. Mit was fuer anderen Umsiedlungen haben Sie sich noch befasst ?
A. Sonst mit gar keinen mehr.
5. Fr. Ab wann gehoerten Sie der Volkdeutschen Mittelstelle an (Vomi) ?
A. Im Jahre 1937 kam ich zu der Vomi, bin dann von Mai 1940 bis November 1941 beim Militaer gewesen und kam dann wieder zu der Vomi bis zum 5. Juni 1943.
6. Fr. In welchem Amt waren Sie da ?
A. Zu meiner Zeit gab es noch keine Aemter.
7. Fr. Ich meine zu welchem Referat gehoerten Sie ?
A. Es wurde bezeichnet als die rechtliche Abteilung, ich bin dort hingekommen als Jurist.
8. Fr. Dem unterstanden Sie ?
A. BIERHENS.
9. Fr. Und dann vom Jahre 1943 welchem Amt unterstanden dann Sie ?
A. Das war genau das gleiche.
10. Fr. Wann wurde die Vomi umorganisiert ?
A. Die Umorganisation geschah waehrend ich beim Militaer war in den Jahren

00007

1940 - 1941. Als diese Reichskommissarischen Abteilungen neu aufgestellt wurden war ich nicht anwesend und als ich zurückkam waren schon die einzelnen Arbeitsgebiete mehr und mehr ausgeprägt, während in der ersten Zeit jeder so arbeitete, wie es ihm aufgetragen wurde, bis auf manche spezielle Gebiete. So hatte ich beispielsweise seinerzeit, also ich spreche nur bis 1940 die Bearbeitung der Angelegenheit der Volkdeutschen aus Polen und dem Baltikum.

11.F. Das Polen bezog sich auf die Deutsche Volksliste ?

A. Nein; es war die Bearbeitung der Deutschen aus Polen.

12.F. Hatte das nicht mit der Deutschen Volksliste in Zusammenhang gestanden ?

A. Nein. Soweit ich weiss war die Deutsche Volksliste eine Anerkennung ueber den Erwerb der Reichsangehoerigkeit.

13.F. Von wem wurde die Deutsche Volksliste behandelt ?

A. Das weiss ich nicht. Ich habe nur mal ueber die Deutsche Volksliste in Gesetzeshlatt gelesen, in unserer Mittelstelle ist das nicht bearbeitet worden, meines Wissens nicht bis 1943.

14.F. Was war der Unterschied zwischen Umsiedler und Absiedler ?

A. Ich habe den Unterschied erst kennengelernt im vorigen Jahr, zuvor habe ich einen Unterschied zwischen Umsiedler und Absiedler nicht gekannt. Meines Wissens dürfte es so sein, dass Umsiedlungen v. Deutschen erfolgten auf Grund von Staatsvertraegen in das Reich, waehrend die Absiedler fremdvaelkische waren die aus ihren Heimatgebieten nach dem Reich evakuiert wurden.

15.F. Sagen Sie von wann ab waren Sie Chef der politischen Fuehrung ?

A. Das vermute ich nicht.

16.F. Sagen wir das Jahr 1943 ?

A. Da bin ich doch ausgeschlossen.

17.F. Bis 15.4.1943 ? Faer die politische Schuiung der Volkgruppen beim

Reichsführer SS?

A. Nein, das hatte ich nicht. Die politische Schulung hatte doch ein Herr PUTZ, später glaube ich HILDEBRANDT. Ich verstehe das nicht, als ich im Jahre 1941 zurückkam war ich gleichzeitig im Referat RIBBANT. RIBBANT ist im Jahre 1942 lungenkrank geworden und ging weg, ich vertrat ihn, und ich glaube es war so Hausgebrauch, dass sie sich auch nannte politische Führung der Volksgruppen, obwohl uns dabei klar war, dass die Vösi eine politische Führung nicht machen konnte, denn es konnten ja nicht zwei Politik machen. So viel ich weisse, kam es deswegen zu einem grossen Briefwechsel zwischen RIBBANTROP und LORENZ.

18. Fr. Wer hatte die Betreuung der Volksgruppen. Ich meine Möbel, Kleidung Verpflegung in den Lagern?

A. Das alles machte HAGEN.

19. Fr. Haben Sie mit ihm verhandelt?

A. Nein. Ich hatte mit dem nichts zu tun. Wir waren auch räumlich getrennt. Sie müssen verstehen mein Blick ging mehr nach draussen.

20. Fr. Ist Ihnen eine Aktion REINHARDT bekannt?

A. Nein.

21. Fr. Haben Sie das heute zum ersten Mal gehört?

A. Nein, ich habe davon auch voriges Jahr gehört.

22. Fr. Waren Sie mal in den Umsiedlerlagern?

A. Nein.

23. Fr. In Absiedlerlagern?

A. Nein.

24. Fr. Sie waren dabei im Polenfeldzug?

A. Nein.

25. Fr. Sie haben den Polenfeldzug nicht mitgemacht?

RESTRICTED

- A. Nein.
26. Fr. Waren Sie in Polen ?
- A. Ja.
27. Fr. Sie waren beim Chef der Zivilverwaltung ?
- A. Das sollte ich mal werden.
28. Fr. Dann stimmt aber nicht, was LORING aussagte ?
- A. Dann wusste es sich nur um eine Verwechslung handelt. Ich war nur Sachbearbeiter der Völkendeutschen Gruppe in Polen.
29. Fr. Welche Orden und Ehrenzeichen haben Sie ?
- A. Die Oesterreichische Medaille, die sudetendeutsche Medaille, dann das Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern I und II Klasse und das Eiserne Kreuz.
30. Fr. Was haben Sie an ausländischen Medaillen ? Haben Sie keine ?
- A. Doch, die von Bulgarien.
31. Fr. Haben Sie nicht auch den Finnischen Orden ?
- A. Ja, das stimmt.
32. Fr. Sie waren in der Gebirgsdivision Prinz-Eugen ?
- A. Ja, zur artilleristischen Ausbildung bin ich dort gewesen.
33. Fr. Wo lag die ?
- A. Hauptstadt Mostar.
34. Fr. In welchem Jahr war das ?
- A. Ich glaube es war das Jahr 1943.
35. Fr. Wie lange verblieben Sie dort ?
- A. Ungefähr 4 - 5 Wochen.
36. Fr. Was war Ihre Aufgabe dort ?
- A. Ich bin dort nur zur Ausbildung gewesen, weil ich nachher eine Batterie übernommen habe bei einer Gebirgsdivision.

37. Fr. Waren Sie bei der Gebirgsdivision Kroatien ?
- A. Nein, wo ich war die hieß HANDECHER.
38. Fr. Warum sind Sie aus der Volksdeutschen Mittelstelle ausgeschieden ?
- A. Als die Waffen SS-Aktion anging hat HIMMLER befohlen die Einziehung von Volksdeutschen aus dem Suedostraum zu betreiben. Es sollten soviel wie moeglich sein und sollte auch so schnell wie moeglich vor sich gehen. Das war an sich nicht eine Sache die uns anging, sondern das war die Aufgabe von BERGER. Aus Ungarn ist nun ein Teil dieser Volksdeutschen bereits eingerueckt und ich bekam daraufhin von der Deutschen Volksgruppe Meldung, dass die Maenner bei der Truppe nicht zufrieden waren, da fuer ihre Familien die Fuersorge sehr schlecht geregelt sei. Ich erkundigte mich, mich ging die Werbeaktion ja nichts an, wie es mit der Fuersorge bestellt ist.
39. Fr. In welchem Jahr war das ?
- A. Ende 1942 oder Anfang 1943 . Jedenfalls erkundigte ich mich dann bei dem Sachbearbeiter Standartenfuhrer SCHMIDT , wie die Fuersorge geregelt wird. Er klagte mir auch sein Leid, dass nicht alles so ist, wie es haette sein muessen. Er sagte mir auch, dass eine neue Waffen-SS wieder in Ungarn steigen soll. Ich sagte ihm, er solle seine Finger davon lassen, denn unter den gegebenen Umstaenden koenne man das nicht durchfuehren. Es waren dann auch zahllose Sitzungen wegen dieser Sache, auch BERGER war dabei anwesend aber wie gesagt wir kamen nicht zu Rande. Ich hoerte dann, dass in Ungarn Verhandlungen zwischen dem Honvetministerium und der deutschen Gesandtschaft waren. Chef war damals ein Obersturmbannfuhrer LEYBACH, der hatte einen Mann hingeschickt wegen der neuen

Aktion. Daraufhin sagte ich zu LORENZ wir bekommen einen der grossen Krache, wenn die Fuersorgefrage nicht anstaendig geregelt wird. LORENZ versuchte daraufhin mit BERGER darueber zu sprechen. LORENZ hatte aber nicht viel Erfolg und ich habe dann Vorschlaege gemacht, die LORENZ dann BERGER vorlegen sollte. Als alles nichts maetzte, sagte ich zu LORENZ, dass es besser ist, wenn ich selbst herunterfahre, nach BUDAPEST. LORENZ war einverstanden. Es waren aber auch schon Leute von BERGER unten, da ja die Werbung anlaufen sollte. Waehrend ich dort unten war, schickten seine Leute ein Fernschreiben herauf zu BERGER, dass ich unten waere und versuche zu sabotieren. Daraufhin traf ein Fernschreiben von BERGER ein, das mich erreichte an einem Sonntag, als ich auf der Margareteninsel in Budapest war, mit der Weisung, sie haben sofort dem Volksgruppenfuhrer Weisung zu geben, dass die Werbung sofort anlaufen hat. Ich habe dem Mann gesagt, er soll ein Fernschreiben an BERGER aufgeben - ich unterstueende LORENZ und nicht BERGER. Ich sagte dann zu LETSCH ich fahre nach Berlin zurueck - da war aber schon grosser Krach zwischen LORENZ und BERGER. Ich wurde dann in Urlaub geschickt. Ich muss schon sagen es war damals milde gesagt eine grosse Schweinerei. Die Leute wurden angeklagt, es hiess immer die Fuersorge wird geregelt, obwohl wir uns darueber im Klaren waren, dass nichts gemacht worden ist. Ich habe auch niemals einen Muhl daraus gemacht, was ich in Budapest erlebt habe und auf Grund dieser Tatsache verfuegte HEDNER, dass ich sofort aus der Dienststelle zu entfernen waere und zu einem anderen Truppenteil gesteckt werde. Ich verwahrte mich dagegen und es ist auch rueckgaengig gemacht worden.

40.Fr. Was hiess Werbung zwangsweise in die Waffen-SS ?

A. Die Praxis habe ich nicht mitgemacht, sondern lediglich habe ich das Anfangstadium mitgemacht. Die Leute sind ja erst in den Jahren 1943 / 1944

INTERVIEW

sich Waffen-SS gekennent.

41. Fr. Was waren das rein staatsrechtlich gesehen ?

A. Ansehender.

42. Fr. Also ?

A. Ungarn, Tschechien.

43. Fr. War das freiwillig ?

A. An einem Nachmittag war im Harvetministerium eine Verhandlung. Diese hat mir die Möglichkeit gegeben den Vertrag einzusehen und daraus weise ich wie die Frage 1943 geregelt war, ob später noch neue Fragen aufgetaucht sind, weise ich nicht. In letzter Zeit es so gewesen, dass die wehrfähigen ungarischen Staatsangehörigen deutscher Volkszugehörigkeit ihre Wehrpflicht bei der Harvet auf die SS übertrugen. Diejenigen aber die schon bei der Truppe waren, also schon dienten und auf Grund der Verhandlungen von der Harvet zur Waffen-SS überstellt wurden, die kamen gar nicht mehr nach Hause, so viel ich weise, mussten die in Budapest ihre ungarischen Uniformen ablegen, bekamen Zivilkleidung, wurden nach Wien transportiert und bekamen dort sofort die Uniform der Waffen-SS.

44. Fr. Geschah das auf freiwilligen Wege ?

A. Ja. Ich meine dass ich das gelesen habe in den Reichsgesetzblatt II.

45. Fr. Was war GRIFFELT's Position ?

A. Ich kenne GRIFFELT seit dem Jahre 1939. Ich habe GRIFFELT kennengelernt als Chef des Stabskapitales. Dienstlich hatte ich aber nichts mit ihm zu tun.

46. Fr. War er Stellvertreter von HINDEL in seiner Kapazität als Reichskommissar fuer die Festigung des Deutschen Volkstums ?

A. Nein. Das Reichskommissariat hat aus HINDELN selbst bestanden. Es gab es 3 Ämter. Besetzung der Deutschen, Volkdeutsche Mittelstelle,

RESUMÉ

Umsiedlung, sogenannte Stabschefpost und dann als drittes das Reichs-
 sicherheitschefpost, da hat sich um die Kreisverteilung gekümmert.
 Und wie in jedem Ministerium muss es auch eine Stelle geben, wo die
 Briefe und sonstigen Sachen zusammenlaufen. GRIFFELT wurde dann ehr-
 geizig und er sagte sich es muss eine Brieflaufstelle eingerichtet
 werden. Man muss dabei unterscheiden Stabschefpost und daneben ein
 persönliches Büro für HINDEL als Reichsminister. Und GRIFFELT hat
 beide Positionen in sich vereint, Chef des Stabschefposten und des Büros.
 Ich muss Ihnen mal etwas sagen, wie kommt es, dass man die Post, über-
 trägt die Umsiedlungen als Generalisierung ansieht. Ich kann nur sagen,
 dass ich der Post keine Ironie nachweisen kann. Ich habe die Post immer
 als eine Art der alten Post gesehen, aus der man nur gutes sieht, wenn
 man etwas haben will. Und gerade die Post hat doch sehr der Nützlichkeit
 zugewandt als der allgemeinen Ordnung.

.....

33-70-16

Datenbogen v. 2.12.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interrogation # 2442

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1948/56

Mr. Peter 373
pl. unklar

Vernahmung des Hansjochen KUBITZ, Sturmabannfuhrer d. Allg. SS
am 2.12.1947, von 10.00 bis 10.20 Uhr
durch Mr. Joseph TANGOS
Requested by: Ministries-Division - Mr. PETERSEN
Stenographin: Lilly Daniel

1. F. Herr KUBITZ, Sie waren in der Volksdeutschen Mittelstelle ?
A. Ja. LORENZ war Chef.
2. F. Was hat der Rasse- und Siedlungshauptamt damit zu tun ?
A. Das hat mit dem Rasse- und Siedlungshauptamt nichts zu tun.
3. F. Sie hatten mit diesen Vertragen in Bezug auf die Rekrutierung der waffen-SS zu tun ?
A. Wir hatten mit der Rekrutierung der waffen-SS nichts zu tun. Ich hatte mich eingeschaltet, weil ich Klagen hoerte, dass die Fuersorge nicht klappte.
4. F. Von welchen Laendern sprechen Sie ?
A. In der Hauptsache von Ungarn; denn in den uebrigen Staaten sind die Rekrutierungen fuer die Waffen-SS erst angelaufen, als ich wegkam. Das war 1943.
Wegen der Fuersorge-Angelegenheiten habe ich mich an das SS-Fuersorge- und Versorgungsamt gewandt und darum gebeten, mich zu unterrichten, wie die Fuersorge eigentlich sein und in welcher Form die Fuersorge gezahlt wurde. Es handelte sich um die Fuersorge fuer die Familienangehoerigen der ^{fuer Auslaender} zur Waffen-SS Eingewueckten. Da erfuhr ich, dass die Fuersorge/nach irgendwelchen Reichsgesetzen, vom Innenministerium herausgegeben, geregelt sei. Die ungarische Regierung stellte zu wenig Paease zur Verfuegung, waehrend die Reichsregierung (SS-Fuersorge- und Versorgungsamt bzw. Innenministerium) fuer Wehrmachtangehoerige die Reichsmark hatte. Mit der Reichsmark konnte man in Ungarn nichts machen. Ich wollte erreichen, dass das Fuersorge- und Versorgungsamt
Das ist mir auch gelungen.
Das war das Eine.
Das Zweite war die Haltung der ungarischen Behoerden gegenueber den zurueckgebliebenen Deutschen. Die oertlichen, ungarischen Stellen, der

Buergermeister, Landrat, versuchten nun, die Angehoerigen wirtschaftlich zu schaedigen. Ich weiss nicht, ob Ihnen bekannt ist, dass Ungarn aus der Raennernet des Reiches ...

5. F. Von welchem Jahr sprechen Sie ? Von der zeit nach der Okkupation oder vorher ?

A. Das ist in Ungarn ueblich gewesen, bis zum schluss, also vor der Okkupation, bis 1943.

6. F. Wurden ^{Nicht-}Volksdeutsche zur Waffen-SS in Ungarn eingezogen ?

A. Ich moechte es nicht meinen. Soviel ich erfahren habe, sind zwei Divisionen aufgestellt worden, das waren wohl Ungarn ...

Ich interessierte mich fuer die Auswirkungen der Rekrutierungen fuer die Volksgruppe.

7. F. Wann haben Sie sich das erste Mal mit diesen Problemen befasst ?

A. Weihnachten 1942/43.

8. F. Sprechen Sie von den ersten ~~Kontaktaufnahmen~~ Rekrutierungen ?

A. Ich weiss nicht, wann die ersten Rekrutierungen waren.

9. F. Wann wurden die ersten Vertraege abgeschlossen ?

A. Ich glaube, 1942. Es ist moeglich, dass es 1941 war.

10. F. Wer hat das gemacht ?

A. Das Auswaertige Amt.

11. F. Nur das Auswaertige Amt oder das SS-Hauptamt ?

A. Sie hatten nachher die technische Durchfuehrung (die Dienststelle LEITSCH, Ersatzkommando Suedost). Ich habe einmal einen Vertrag, ob es der Erste oder zweite war, weiss ich nicht, im ungarischen Verordnungsblatt abgedruckt gesehen mit der angeschlossenen Liste derjenigen, die auf Grund der Eindeihung die ungarische Staatsangehoerigkeit verloren hatten. Unterschriften war es von JAGO ...

12. F. War das im Vertrag drin, dass die Leute die ungarische Staatsangehoerigkeit verloren hatten ?

A. Das war drin. Es ist wohl so gewesen, dass man vereinbart hatte, die Leute erwerben mit der Ausreise aus Ungarn die Reichszugehoerigkeit. Der streitpunkt war nachher : bezieht sich das auf den Mann allein oder auch auf seine Angehoerigen, die in Ungarn verblieben.

In dem zweiten Vertrag von 1943 behielten die Volksdeutschen die ungarische Staatsbuergerschaft, und Ungarn erklarte sich damit einverstanden, dass die

RESTRICTED

- 3 -

einberufenen Männer auch die Reichsangehörigkeit dazu bekommen konnten.

Es gab ein Gesetz, wonach jeder deutsche Soldat Reichsangehöriger sein konnte. Er wurde als Reichsbürger behandelt, auch wenn er keine Einbürgerungsurkunde hatte. Es bezog sich auf alle Verbände, die mit der Wehrmacht zu tun hatten. Wenn beispielsweise ein Volksdeutscher aus Serbien gleich in den Osten kam und dann heiraten wollte nach deutschem Recht, so musste er nachweisen, dass er Deutscher war. Dann konnte er einen Antrag an das Standesamt stellen. Er legte von seinem Kompaniechef eine Bescheinigung ^{bei} ~~war~~, dass er bei der Truppe war. In solchen Fällen kriegte er eine Einbürgerungsurkunde. Sonst war lediglich die Tatsache, dass er ein deutsches Soldbuch hatte, das Dokument dafür, dass er Reichsdeutscher war.--Darüber wird Ihnen Staatssekretär STUCKART mehr sagen können, das sind Innenministeriumsangelegenheiten.

Ich bin 1943 aus der Volksdeutschen Mittelstelle ausgeschieden.

13.F. Wurden bis zu dieser Zeit Rekrutierungen auf der Basis der kollektiven Freiwilligkeit durchgeführt? Dass also der Volksgruppenführer in seinem Bereich die ganzen Leute für die Waffen-SS meldete?

A. Das meine ich nicht. Zu meiner Zeit nicht. - Ich kenne folgenden Fall: Im Banat hat General PHLEPS den Auftrag gehabt, die Division "Prinz Eugen" aufzustellen. Es sollte eine freiwillige Sache sein. Der Volksgruppenführer war Dr. JANKO. Das Ergebnis reichte PHLEPS nicht und er erklärte JANKO, HIMMLER hätte die Wehrpflicht für die Volksdeutschen ausgesprochen. JANKO sagte: Wir sind besetztes Gebiet und Ausländer, das könnte HIMMLER nicht. - Er schrieb an uns. Damals machte ich ein Gutachten (ich bin Jurist), wonach keine reichsdeutsche Stelle befugt war wäre, die Wehrpflicht für das Ausland auszusprechen, denn die Volksdeutschen seien Ausländer.

14.F. Man wollte das ohne Vertrag machen?

A. Ja. PHLEPS sagte: "HIMMLER hat mir erklärt..." Ich dachte, er wollte "auf den Busch" klöpfen". Ich machte das Gutachten und

RESTRICTED

00017

RESTRICTED

- 4 -

schickte es an alle möglichen Stellen. LORENZ fuhr zu HIMMLER und sagte: Es geht nicht. Ich hatte in meinem Gutachten ausgeführt, dass es nur auf Grund von Staatsverträgen möglich ist, Uk.-Stellungen müssten berücksichtigt werden, Versorgung usw. HIMMLER sagte: Es ist gut - es bleibt weiter freiwillig.

Das war 1942. Später sind diese Staatsverträge geschlossen worden und zwar meines Wissens durch die Gesandtschaft.

15.F. Wann hat man in Jugoslawien mit der Zwangseinzugung begonnen?

A. Ich glaube, 1943.

In Jugoslawien muss man 3 Teile unterscheiden: Eins ist das serbische Banat, da wurde schon 1942 die Division "Prinz Eugen" aufgestellt... als Freiwilligen-Division ursprünglich und später (nach meiner Zeit) ist auch die Wehrpflicht ausgesprochen worden, für die Volksdeutschen von der serbischen Regierung ausgesprochen worden. Ob für die anderen, das müsste jemand vom OKW. wissen. Für die Waffen-SS war es nur für die Volksdeutschen.

Dann gibt es Backa, das staatsrechtlich 1941 zu Ungarn gehörte. Das läuft unter den ungarischen Regeln.

Das letzte Gebiet ist Kroatien. Das hat eine Sonderstellung eingenommen. Kroatien wurde 1941 selbständiger Staat. Hinsichtlich der Deutschen verlieh PAVELIC der Volksgruppe eine Autonomie.

Im Rahmen dieser Autonomie beteiligte sich die deutsche Volksgruppe am kroatischen Wehrdienst in folgendem Umfang: Die deutsche Wehrmacht schickte Instruktoren, das waren Wehrmachtsleute. Man brauchte Dolmetscher. Also bestand PAVELIC auf einer gewissen Zahl Dolmetscher. Die Dolmetscher waren Wehrmachtangehörige. Im Rahmen der deutschen Wehrmacht wurden 2 Jäger-Bataillone aufgestellt (Wehrmacht, keine Polizei). Das waren die Deutschen, die Kroatien in Anspruch nehmen konnte. Das war in einem ^{Abkommen} zwischen dem Gesandten KASCHKE oder dem Volksgruppenführer ALTSEIER festgelegt. Alle übrigen standen der Waffen-SS zur Verfügung. Das war 1941.

16.F. Welche meinen Sie mit "den übrigen"?

RESTRICTED

00018

XXXX A. Sie konnten freiwillig kommen, nicht zwangweise. Sie wurden von der kroatischen Wehrmacht nicht in Anspruch genommen.

17.F. Wenn sie sich nun nicht meldeten?

A. Dann konnten sie nicht einberufen werden. Es war aber umgekehrt: Es haben sich mehr gemeldet.

In Ungarn war es so, dass die Leute viel bäuerlicher waren, also mehr an ihre Arbeit dachten. In Kroatien sagte man sich: Bloss weg von hier!

Es ist nachher ein Vertrag in Kroatien geschlossen worden, dass die Männer eingezogen werden konnten zur kroatischen Polizei oder zur Waffen-SS. Über dieses Abkommen weisse ich aber nicht Bescheid.

Solange ich noch in der Volksdeutschen Mittelstelle war, ist es so gewesen, dass die Leute als Reservoir vorhanden waren.

18.F. Aufgrund von Verträgen?

A. Aufgrund dieses Abkommens.

19.F. Wie war es mit Albanien?

A. Da gab es keine Volksdeutschen.

20.F. Es wurde von Mohamedanern eine Division aufgestellt.

A. Das weisse ich nicht.

21.F. Wie alt waren die Jüngsten, die in Ungarn zur SS kamen?

A. Zuerst wohl die Jüngeren: 20 - 35 Jahre alt. Ich kann es nicht genau sagen.

Wie es später war, weisse ich nicht.

In dem Vertrag von 1943 war der Grundsatz: Die, die zur Honvéd sollten, konnten eingezogen werden. Ein Volksdeutscher, der in Ungarn zu Hause war, war bei der Honvéd wehrpflichtig, er kam zur Waffen-SS. Es war so, dass die Rekrutierungssätze sich nach aufzurufenden Jahrgängen der Honvéd richteten.

22.F. Was für einen Dienstgrad hatten Sie?

A. Sturmbannführer.

23.F. Hatten Sie irgendwelche Verbindung mit dem SS-Hauptamt?

A. Eigentlich gar keine.

RESTRICTED

- 6 -

24.F. Wer hat an diesen Besprechungen teilgenommen?

A. Das sind keine Besprechungen gewesen.

Wir bekamen manchmal die Mitteilung vom Auswärtigen Amt oder vom Ergänzungsamt - vom Auswärtigen Amt am wenigstens.

Das Auswärtige Amt schickte ein Schreiben: In der Volksgruppe in Ungarn werden Einziehungen vorgenommen, es ist ein Vertrag abgeschlossen. Eine Stellungnahme wurde erbeten. Ich habe mich dann hingesezt und habe unsere Ansprüche angemeldet, dass uk-Stellungen berücksichtigt werden sollten usw.

25.F. Das war keine freiwillige ^{Rekrutierung} Stellungnahme?

A. Nein. Ich sagte ja schon vorher, dass jeder, der ix der ~~HAKKIXIX~~ Honvéd angehörte, seinen Dienst in der Waffen-SS leisten musste.

26.F. Wann wurde ^{die} das durchgeführt? Vor der Okkupation?

A. Ich meine ja. - Ich gab mein Gutachten an das Auswärtige Amt...

27.F. Wer hat die Verträge angestrebt?

A. HIMMLER selbst.

28.F. War das Hauptamt nicht daran interessiert? - Haben sie es nicht angestrebt?

A. Das SS-Hauptamt kriegte die Mitteilung: Der Reichsführer SS wünscht.... Wer dahinter stand, weiss ich nicht .

29.F. Als 1943 die Werbung im grösseren Stil losging...

30.F. 1943 ist ^{es} keine Werbung, sondern eine Einziehung gewesen.

A. Es nannte sich Waffen-SS-Werbe-Aktion. Sie haben recht? Es war eine Einziehungsangelegenheit.

31.F. Wann w hat man damit begonnen?

A. 1943. - Ich kann mich erinnern an das Schreiben des Auswärtigen Amts, in dem es hiess: Der Führer hat die Aufstellung von 3 oder 5 Divisionen der Waffen-SS befohlen. Zu diesem Zwecke muss auf die Volksgruppen zurückgegriffen werden. Der Reichsführer wünscht, dass mit den Staaten, in denen sich Volksdeutsche aufhielten, Verträge gemacht werden.

RESTRICTED

0000

RESTRICTED

- 7 -

32.F. Die Leute, die schon in der Honvéd waren, mussten auch heraus?

A. Ja. In dem Vertrag von 1943 war vereinbart: Die Männer, die in der Honvéd waren, mussten erklären, ob sie sich zum Deutschtum bekennen oder nicht. Wenn sie sich zum Deutschtum bekannten wurden sie zur Waffen-SS überstellt. Es war ihnen freigestellt. Mir ist geläufig, dass etwa 50% nicht mitmachten.

33.F. Was ist mit denen passiert?

A. Es konnte keine Waffen-SS die Honvéd-Kasernen betreten....

34.F. Die Leute kamen nach Deutschland.

A. Das weiss ich nicht.

35.F. Hatten sie Leute die Wahl, zu welcher Waffengattung sie wollten?

A. Sie kamen zur Waffen-SS. Ungarn hatte keine Polizei. Die Polizeiregelung ist meines Wissens in Kroatien gewesen.

25-90-24

Dabletten

(Durchschriften)

85.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DS. noch
nicht M.
Kubiz Original
ausgegeben.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Niederschrift der Unterredung des Herrn Rechtsanwalt Hansjochen K u b i t z, geb. 6.9.1910, wohnhaft Berchtesgaden, Königseerstr. 48, Tel. 2597, durchgeführt in Berchtesgaden am 23.5.1952 mit Dr. Freiherr von Sieglar im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München.

Ich verweise auf meine Zeugenaussage in Nürnberg zu dem Komplex "Volksdeutsche Mittelstelle", im nachfolgenden "VoMi" genannt. In der zweiten Hälfte von 1936 konkretisierte sich bei Hess der schon lang in ihm schlummernde Gedanke, für das Deutschtum im Ausland parteimässig und staatlich einen einheitlichen Rahmen zu schaffen. Hess schwebte zunächst der Gedanke vor, im Auswärtigen Amt zwei Staatssekretariate zu schaffen, eines für die Auslandsdeutschen (Reichsdeutsche im Ausland) und eines für die Volksdeutschen (fremde Staatsangehörige). Hiervon wurde nur das Staatssekretariat für Bohle verwirklicht. Das zweite scheiterte daran, daß im Auswärtigen Amt kein Staatssekretariat für ~~die~~ *die fremde* ~~deutschen~~ Staatsangehörigen geschaffen werden konnte.

Als Ersatz wurde Ende 1936, zunächst im Gebäude des Kultusministeriums Unter den Linden die Dienststelle Coursell geschaffen. Otto von Coursell war Baltendeutscher und Ministerialdirektor im Ministerium Rust. Schon im Februar 1937 wurde Herr von Coursell abgelöst, da er lt. Mitteilung des SD der "Baltischen Bruderschaft", einer logenähnlichen Vereinigung angehört hatte. Anstelle von Coursell kam Obergruppenführer Lorenz (z.Zt. in Haft in Landsberg) und als Stellvertreter der Leiter der Volkstumsabteilung des SD, Herr Behrens. Inzwischen war Ende 1936 die Dienststelle Coursell in die Tiergartenstr. 11 in eigene Räume umgesiedelt und kurz vor dem Abgang von Coursell als "Volksdeutsche Mittelstelle" umbenannt worden. Masegeblicher Leiter dieser Dienststelle war nicht so sehr Lorenz, der von der Sache wenig verstand, als Behrens. Gleichzeitig mit der Gründung der VoMi erteilte Hitler eine Vollmacht für Hess, wonach Hess zusammen mit Obergruppenführer Lorenz

zur allein zuständigen Stelle für die Verteilung der Gelder für die volksdeutschen Gruppen erklärt wurde.

Diese Vollmacht hatte folgende Bewandnis:

Die Gelder für die Volksdeutschen waren bisher durch die einzelnen Gruppen selbst völlig unregelt und willkürlich bei den verschiedensten Ministerien, Dienststellen, Privatvereinigungen usw. angefordert und auch zugeteilt worden. Solche Hauptgeldgeber waren:

- a) Die Ministerien: Propaganda-, Aussen-, Innen-, Kultusministerium etc.
- b) Der "Volksbund für das Deutschtum im Ausland" (VDA) und "Bund Deutscher Osten" (BDO)
- c) Das "Kirchliche Aussenamt der Evangelischen Kirche" und der "Gustav-Adolf-Verein" (Herr Hecke)
- d) Der "Reichsbund für das katholische Deutschtum im Ausland" unter Prälat Büttner (jetzt Frankfurt/Main)

Abgesehen davon, daß durch diese ungeregelten Geldzuteilungen jede Übersicht und letzten Endes jede Gerechtigkeit in der Verteilung der Summen fehlte, hatten sich auch zunehmend Devisenschwierigkeiten bemerkbar gemacht. Durch die neue Regelung wurden nun alle Geldspenden zusammengefasst und unter Beteiligung aller Interessenten verteilt. Es galt z.B. die Frage zu entscheiden, ob ein neues Theater, eine Zeitung, eine Kirche, eine Bibliothek wichtiger sei usw. Bei diesen Beratungen herrschte bestes Einvernehmen und zwar auch mit den Kirchen, wie ich z.B. bei einer Aussprache mit Prälat Büttner nach dem Krieg bestätigt erhielt. Es wurde zur Regel, daß die Reichsbank grundsätzlich alle Devisenanforderungen für die Volksgruppen an die VoMi zur Begutachtung und fachlichen letzten Entscheidung übersandte. In verhältnismässig kurzer Zeit konnte auch der Reiseverkehr eingeschaltet werden, sodaß z.B. Deviseneingänge aus Besuchen deutscher Hochschulen etc. zur Stärkung der Mittel herangezogen werden konnten. Begreiflicherweise waren die Volksgruppen zunächst in mancher Hinsicht weniger einverstanden, daß sie nunmehr das Wettrennen bei verschiedenen Dienststellen, Vereinen etc. nicht mehr durchführen konnten und unter Kontrolle standen. Finanziell war das Ergebnis für sie jedoch eher besser.

Um die Jahreswende 1937/38 wurde die an Hess erteilte Vollmacht durch Hitler durch eine andere ersetzt, die unmittelbar auf Lorenz lautete. Diese Verfügung, an deren ständige Aufbewahrung im Panzer

schränk ich mich noch gut erinnere, lautete ungefähr wie folgt: "Ich ermächtige den Obergruppenführer Lorenz die Regelung der Verteilung aller für die Deutschen Volksgruppen im Ausland zur Verfügung stehenden Geldmittel vorzunehmen". Die Frage, ob die VoMi eine Staats- oder Parteistelle war, ist weder praktisch noch rechtlich eindeutig zu beantworten. Sowohl nach ihrer personellen Zusammensetzung wie nach ihrer Finanzierung und endlich nach ihrer Aufgabe war sie eine Mischung beider. Die Frage konnte schon seinerzeit nicht massgeblich geklärt werden.

Eine weitere Aufgabe stellte sich für die VoMi durch die zunehmend wichtiger werdende Frage der volksdeutschen Arbeitskräfte in Deutschland. Da die Volksdeutschen nicht Reichsdeutsche Staatsangehörige waren, fielen sie in die Zuständigkeit der Fremdenpolizei. Dieser rechtliche Status als Ausländer hatte für die Volksdeutschen erhebliche Nachteile. Die Arbeitsbedingungen waren schlechter, die Sozialversicherung für sie nicht zuständig, es ergaben sich Schwierigkeiten mit den Lebensmittelkarten, jeder Stellungs-, Wohnungs-, oder gar Ortswechsel wurde zum Problem. Es gelang der VoMi in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für das Einwandererwesen und der Polizei für diese Volksdeutschen einen neuen faktischen rechtlichen Status zu erreichen. Sie wurden, ähnlich wie heute die Vertriebenen, "deutschen Staatsangehörigen gleich geachtet", kamen aus der Fremdenpolizeikartei heraus und in eine eigene Kartei etc.

In einem Abkommen mit der Beratungsstelle für das Einwandererwesen wurde zunächst de facto, später vertraglich, vereinbart, dass alle Volksdeutschen Einwanderer zunächst zur VoMi zur Überprüfung, Beratung etc. geschickt wurden, ehe sie polizeilich, arbeitsrechtlich usw. erfasst wurden.

Die VoMi fasste schliesslich die zahlreichen privaten Verbände, Vereine usw., die sich mit Volkstumsfragen befassten, organisatorisch in zwei grosse Gruppen zusammen:

1. "Volksbund für das Deutschtum im Ausland"

Der VDA war von Oberländer, dem heutigen Staatssekretär in Bayern, gegründet worden. Sein Nachfolger war Steiner bis kurz nach dem Anschluss Österreichs, Geschäftsführer

Herr Hoffmeyer. Es folgte dann ein kurzes kommissarisches Zwischenspiel unter Dr. Zuig, sodann wurde Herr Behrens Vorsitzender, Hoffmeyer blieb Geschäftsführer.

2. "Bund Deutscher Osten"

Dieser war von Dr. Lüdke gegründet worden, den Vorsitz übernahm später Oberländer bis zu seinem Krach mit Gauleiter Koch. Er wurde abgelöst durch Haushofer als Vorsitzenden und Mücke von der VoMi als Geschäftsführer. Es erging die Anweisung, daß sich alle sonstigen heimat-treuen Verbände wie Schlesier, Posener etc. dem BDO ein-zugliedern haben.

Als 3. Abteilung der VoMi fungierte die Beratungsstelle für Ein-wandererwesen, die Ende 1938 unter Dr. Zuig gegründet wurde.

Eine eigene Abteilung der VoMi wurde endlich für den Reiseverkehr gegründet, die insbesondere mit der Slowakei sehr gute Erfolge noch vor Kriegsbeginn erzielen und neue Devisenquellen erschlies-sen konnte.

An das
Institut für Zeitgeschichte

M ü n c h e n - 22

Reitmorstr.29

Hiermit anerkenne ich die Richtigkeit obiger Niederschrift meiner Unterredung mit Dr. Freiherr von Siegler und erteile mein Einver-
ständnis, daß das Institut im Rahmen seiner wissenschaftlichen
Publikationen von meinen Äußerungen ggf. unter Namensnennung Ge-
brauch macht bzw. sie veröffentlicht. Ich stelle hierfür keine
finanziellen Ansprüche.

Berchtesgaden, den

PS. Prälat Büttner wohnt in Frankfurt/Main am Südufer des Mains.
Wenn man über die Niederad-Brücke der Strassenbahn nach Süden
nachgeht, macht diese später eine scharfe Kurve nach rechts.
Man geht statt dessen geradeaus und findet am nächsten Eck-
haus ein grosses Schild der Dienststelle von Prälat Büttner.

zur allein zuständigen Stelle für die Verteilung der Gelder für die volksdeutschen Gruppen erklärt wurde.

Diese Vollmacht hatte folgende Bewandtnis:

Die Gelder für die Volksdeutschen waren bisher durch die einzelnen Gruppen selbst völlig unregelt und willkürlich bei den verschiedensten Ministerien, Dienststellen, Privatvereinigungen usw. angefordert und auch zugeteilt worden. Solche Hauptgeldgeber waren:

- a) Die Ministerien; Propaganda-, Aussen-, Innen-, Kultusministerium etc.
- b) Der "Volksbund für das Deutschtum im Ausland" (VDA) und "Band Deutscher Osten" (BDO)
- c) Das "Kirchliche Aussenamt der Evangelischen Kirche" und der "Gustav-Adolf-Verein" (Herr Hecke)
- d) Der "Reichsbund für das katholische Deutschtum im Ausland" unter Prälat Büttner (jetzt Frankfurt/Main)

Abgesehen davon, daß durch diese unregelmäßigen Geldzuteilungen jede Übersicht und letzten Endes jede Gerechtigkeit in der Verteilung der Summen fehlte, hatten sich auch zunehmend Devisenschwierigkeiten bemerkbar gemacht. Durch die neue Regelung wurden nun alle Geldspenden zusammengefasst und unter Beteiligung aller Interessenten verteilt. Es galt z.B. die Frage zu entscheiden, ob ein neues Theater, eine Zeitung, eine Kirche, eine Bibliothek wichtiger sei usw. Bei diesen Beratungen herrschte bestes Einvernehmen und zwar auch mit den Kirchen, wie ich z.B. bei einer Aussprache mit Prälat Büttner nach dem Krieg bestätigt erhielt. Es wurde zur Regel, daß die Reichsbank grundsätzlich alle Devisenanforderungen für die Volksgruppen an die VoMi zur Begutachtung und fachlichen letzten Entscheidung übersandte. In verhältnismässig kurzer Zeit konnte auch der Reiseverkehr eingeschaltet werden, sodaß z.B. Deviseneingänge aus Besuchen deutscher Hochschulen etc. zur Stärkung der Mittel herangezogen werden konnten. Begreiflicherweise waren die Volksgruppen zunächst in mancher Hinsicht weniger einverstanden, daß sie nunmehr das Wettrennen bei verschiedenen Dienststellen, Vereinen etc. nicht mehr durchführen konnten und unter Kontrolle standen. Finanziell war das Ergebnis für sie jedoch eher besser.

Um die Jahreswende 1937/38 wurde die an Hess erteilte Vollmacht durch Hitler durch eine andere ersetzt, die unmittelbar auf Lorenz lautete. Diese Verfügung, an deren ständige Aufbewahrung im Panzer-

schränk ich mich noch gut erinnere, lautete ungefähr wie folgt: "Ich ermächtige den Obergruppenführer Lorenz die Regelung der Verteilung aller für die Deutschen Volksgruppen im Ausland zur Verfügung stehenden Geldmittel vorzunehmen". Die Frage, ob die VoMi eine Staats- oder Parteistelle war, ist weder praktisch noch rechtlich eindeutig zu beantworten. Sowohl nach ihrer personellen Zusammensetzung wie nach ihrer Finanzierung und endlich nach ihrer Aufgabe war sie eine Mischung beider. Die Frage konnte schon seinerzeit nicht massgeblich geklärt werden.

Eine weitere Aufgabe stellte sich für die VoMi durch die zunehmend wichtiger werdende Frage der volksdeutschen Arbeitskräfte in Deutschland. Da die Volksdeutschen nicht Reichsdeutsche Staatsangehörige waren, fielen sie in die Zuständigkeit der Fremdenpolizei. Dieser rechtliche Status als Ausländer hatte für die Volksdeutschen erhebliche Nachteile. Die Arbeitsbedingungen waren schlechter, die Sozialversicherung für sie nicht zuständig, es ergaben sich Schwierigkeiten mit den Lebensmittelkarten, jeder Stellungs-, Wohnungs-, oder gar Ortswechsel wurde zum Problem. Es gelang der VoMi in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für das Einwandererwesen und der Polizei für diese Volksdeutschen einen neuen faktischen rechtlichen Status zu erreichen. Sie wurden, ähnlich wie heute die Vertriebenen, "deutschen Staatsangehörigen gleich geachtet", kamen aus der Fremdenpolizeikartei heraus und in eine eigene Kartei etc.

In einem Abkommen mit der Beratungsstelle für das Einwandererwesen wurde zunächst de facto, später vertraglich, vereinbart, dass alle Volksdeutschen Einwanderer zunächst zur VoMi zur Überprüfung, Beratung etc. geschickt wurden, ehe sie polizeilich, arbeitsrechtlich usw. erfasst wurden.

Die VoMi fasste schliesslich die zahlreichen privaten Verbände, Vereine usw., die sich mit Volkstumsfragen befassten, organisatorisch in zwei grosse Gruppen zusammen:

1. "Volksbund für das Deutschtum im Ausland"

Der VDA war von Oberländer, dem heutigen Staatssekretär in Bayern, gegründet worden. Sein Nachfolger war Steiner bis kurz nach dem Anschluss Österreichs, Geschäftsführer

Herr Hoffmeyer. Es folgte dann ein kurzes kommissarisches Zwischenspiel unter Dr. Zuig, sodann wurde Herr Behrens Vorsitzender, Hoffmeyer blieb Geschäftsführer.

2. "Bund Deutscher Osten"

Dieser war von Dr. Lüdke gegründet worden, den Vorsitz übernahm später Oberländer bis zu seinem Krach mit Gauleiter Koch. Er wurde abgelöst durch Haushofer als Vorsitzenden und Mücke von der VoMi als Geschäftsführer. Es erging die Anweisung, daß sich alle sonstigen heimat-treuen Verbände wie Schlesier, Posener etc. dem BDO ein-zugliedern haben.

Als 3. Abteilung der VoMi fungierte die Beratungsstelle für Ein-wandererwesen, die Ende 1938 unter Dr. Zuig gegründet wurde.

Eine eigene Abteilung der VoMi wurde endlich für den Reiseverkehr gegründet, die insbesondere mit der Slowakei sehr gute Erfolge noch vor Kriegsbeginn ersielen und neue Devisenquellen erschlies-sen konnte.

An das
Institut für Zeitgeschichte

M u n c h e n - 22

Reitmorstr.29

Hiermit anerkenne ich die Richtigkeit obiger Niederschrift meiner Unterredung mit Dr. Freiherr von Siegler und erteile mein Einver-
ständnis, daß das Institut im Rahmen seiner wissenschaftlichen
Publikationen von meinen Äußerungen ggf. unter Namensnennung Ge-
brauch macht bzw. sie veröffentlicht. Ich stelle hierfür keine
finanziellen Ansprüche.

Berchtesgaden, den

PS. Prälat Büttner wohnt in Frankfurt/Main am Südufer des Mains.
Wenn man über die Niederad-Brücke der Strassenbahn nach Süden
nachgeht, macht diese später eine scharfe Kurve nach rechts.
Man geht statt dessen geradeaus und findet am nächsten Eck-
haus ein grosses Schild der Dienststelle von Prälat Büttner.